

## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 26. Ratssitzung vom 12. Dezember 2018**

**681. 2018/352  
Weisung vom 19.09.2018:  
Finanzverwaltung, Finanz- und Aufgabenplan (FAP) 2019–2022**

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Finanz- und Aufgabenplan 2019–2022 wird zur Kenntnis genommen.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2018/352 und 2018/351.  
Für GR Nr. 2018/351 siehe Protokoll der 27. Sitzung vom 12. Dezember 2018,  
Beschluss-Nr. 692/2018.

Referent zur Vorstellung der Weisung:

**Raphaël Tschanz (FDP):** *Die RPK hat die Budgetvorlage 2019 des Stadtrats geprüft. Sie konnte aufgrund des Revisionsberichts der Finanzkontrolle feststellen, dass die rechnerischen und formellen Anforderungen erfüllt sind. Der Stadtrat legt dem Gemeinderat ein Budget mit einem Ertragsüberschuss in der Erfolgsrechnung von 34,7 Millionen Franken vor (inklusive Novemberbrief). Dieser ergibt sich aus einem Aufwand von 8,753 Milliarden Franken und Erträgen von 8,788 Milliarden Franken. Der Abschluss der Rechnung 2018 ist zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts noch nicht bekannt. Das Ergebnis hängt unter anderem von der Entwicklung der Aktien der Flughafen Zürich AG sowie der MCH Group AG (Messe Schweiz) ab, deren jeweiliger Kurs im laufenden Jahr stark gesunken ist. Aufgrund des Aktienkurses der Flughafen Zürich AG vom 23. November 2018 müsste die Stadt Zürich für die in ihrem Besitz befindlichen Aktien einen Kursverlust von rund 94 Millionen Franken verbuchen. Das Budgetjahr 2019 ist das erste Jahr, in dem für die Rechnungslegung die am 1. Januar 2018 in Kraft getretenen und für alle Gemeinden im Kanton Zürich gültigen neuen Rechtsgrundlagen des Harmonisierten Rechnungsmodells (HRM2) angewendet werden müssen. Mit der Umstellung auf HRM2 verzichtete die Stadt Zürich auf eine Neubewertung des Verwaltungsvermögens. Dieser Beschluss hat in der Erfolgsrechnung eine vorübergehende Entlastung bei den Abschreibungen zur Folge, die namentlich bei Immobilien Stadt Zürich (IMMO) zu einer Ergebnisverbesserung von über 70 Millionen Franken führt. Weitere Sondereffekte ergeben sich aufgrund der Aktivierung der Planungs- und Projektierungskosten sowie der Aktivierung von Softwarebeschaffungen und -entwicklungen. Der auf HRM2 basierende Kontenrahmen weicht in wesentlichen Teilen vom bisherigen Kontenrahmen nach HRM1 ab. Eine Vergleichbarkeit mit Budgets und Rechnungen, die bis 2018 nach den HRM1-Grundlagen erstellt wurden, ist deshalb nicht mehr möglich. Zum Personalaufwand: Der budgetierte Personalaufwand 2019 steigt gegenüber dem Budget*

2018 um 45,4 Millionen auf 2,83 Milliarden Franken. Der Mehraufwand ist im Wesentlichen auf rund 230 zusätzliche Vollzeitstellen zurückzuführen. Die Stellenwerte steigen somit auf 21 800 Vollzeitstellen. Zum Sachaufwand und den Investitionen: Der Sachaufwand verringert sich gegenüber dem Vorjahr um 85,6 Millionen auf 1,84 Milliarden Franken (ohne Novemberbrief). Die grösste Abweichung von 64,2 Millionen Franken ist auf den Wegfall der Wertberichtigungen (bisher: Abschreibungen) auf Forderungen zurückzuführen. Weiter sinken die Dienstleistungen und Honorare um 25,9 Millionen Franken, insbesondere weil die Planungs- und Projektierungskosten mit Einführung von HRM2 direkt bei den einzelnen Vorhaben in der Investitionsrechnung budgetiert werden. Eine Zunahme von 4,6 Millionen Franken ist bei den Honoraren für externe Gutachten, Fachexpertisen und so weiter zu verzeichnen. Zum Finanz- und Aufgabenplan (FAP) 2019–2022: Die Finanzierung der städtischen Leistungen für die kommenden Jahre gestaltet sich anspruchsvoll. Der Stadtrat geht von einer weiter wachsenden Stadt und entsprechend steigenden Investitionen aus. Der FAP zeigt für das Jahr 2020 ein ausgeglichenes Ergebnis. In den Jahren 2021 und 2022 wird mit einem Defizit von 46,9 bzw. 94,0 Millionen Franken gerechnet. Das Eigenkapital würde damit auf rund 1,1 Milliarden Franken sinken. Aufgrund der hohen Investitionen und des damit einhergehenden tiefen Selbstfinanzierungsgrads steigen die langfristigen Schulden nach einem Rückgang in den vergangenen Jahren wieder an. Der Selbstfinanzierungsgrad sinkt gemäss FAP von 68,9 Prozent nach Budget 2018 auf lediglich 40 Prozent im Jahr 2022. Damit einher geht eine starke Zunahme des Fremdkapitals der Stadt Zürich von 8,3 Milliarden im Jahr 2018 auf 10,9 Milliarden Franken im Jahr 2022. Dabei sind die Auswirkungen der Steuervorlage 17 noch nicht berücksichtigt. Die Nettoschuld I als Gradmesser für die Verschuldung steigt aufgrund der hohen Investitionen von 2018 bis 2022 um über die Hälfte von rund 10 000 auf 15 000 Franken pro Einwohnerin und Einwohner der Stadt Zürich. Wobei gemäss Vorgaben des Gemeindegesetzes ein Betrag ab 5000 Franken bereits als «sehr hohe Verschuldung» gilt. Um die für 2022 erwartete Schulden abzutragen, wäre 2,5 Mal die Summe der direkten Steuern der natürlichen und juristischen Personen erforderlich. Der Stadtrat weist im FAP darauf hin, dass die Nettoschuld I die besondere Situation der Stadt Zürich nicht berücksichtigt. So umfasst das Budget der Stadt auch zwei Spitäler, die Verkehrsbetriebe der Stadt Zürich (VBZ), das Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (ewz), usw., die hohe Investitionen mit sich bringen. In den Kennzahlen bleibt unberücksichtigt, dass ein hoher Anteil des Fremdkapitals der Stadt auf vollständig oder teilweise gebührenfinanzierte Bereiche zurückzuführen ist. Um diesen besonderen Umständen zu begegnen, kann als weitere von der Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren empfohlene Finanzkennzahl die Nettoschuld II ermittelt werden. Im Unterschied zur Nettoschuld I werden vom Verwaltungsvermögen neben dem Eigenkapital zusätzlich die Beteiligungen im Verwaltungsvermögen abgezogen. Die RPK hat deshalb das Finanzdepartement aufgefordert, die Nettoschuld II auszuweisen. Auf diese Forderung ist der Stadtrat aber nicht eingetreten. Die RPK teilt die Feststellung des Stadtrats, dass die Finanzierung der städtischen Leistungen für die kommenden Jahre anspruchsvoll ist. Ebenso teilt die RPK die finanzpolitischen Zielsetzungen des Stadtrats, namentlich dass erstens das Rechnungsergebnis der Stadt Zürich mittelfristig ausgeglichen zu gestalten ist, zweitens ein Bilanzfehlbetrag zu vermeiden ist und drittens neue Investitionen zu einem hohen Teil aus eigenen Mitteln finanziert (geringe Neuver-

schuldung) werden sollen. Die Mehrheit der RPK hält diese Zielsetzungen nach wie vor für angemessen. Sie geht davon aus, dass der Stadtrat bei der Budgetierung die für die Zielerreichung notwendigen Massnahmen trifft. Die Minderheit der RPK hält die Zielsetzungen des Stadtrats für ungenügend und ist besorgt, dass zur Sanierung des Budgets der Fokus nur auf die Einnahmenseite, nicht aber auf die Ausgabenseite gelegt wird. Zumindest das Ziel einer geringen Neuverschuldung wird nach vorliegendem FAP klar verfehlt werden dürfen. Die Minderheit wünscht sich zudem vom Stadtrat eine nachhaltige Finanzpolitik, die im Sinne kommender Generationen einen sukzessiven Abbau des Fremdkapitals vorsieht. Ich komme nun zu den Bemerkungen der RPK zu weiteren Themen: Die RPK hat festgestellt, dass in verschiedenen Departementen unter dem Stichwort «Digitalisierung» Stellen geschaffen und Projekte initialisiert werden. Die RPK steht im Grundsatz hinter dieser Digitalisierungs-Initiative, würde es aber sehr begrüessen, wenn der Lead für diesen Themenbereich im Stadtrat klar definiert wäre. Naheliegender wäre es für die RPK, wenn Organisation und Informatik Zürich (OIZ) in dieser Sache federführend wäre. Auch neben der Digitalisierung scheinen sich parallele Strukturen aufzubauen. So weisen alle Departemente gemeinsam einen Bedarf an externer IT-Beratung von 20 Millionen Franken aus; die OIZ ihrerseits stellt 28 Millionen Franken im Budget ein. Sowohl die Departemente als auch OIZ kaufen Hard- und Software ein. Diese Parallelität ist dringend zu überprüfen und wieder in klare Zuständigkeiten zurückzuführen. Die RPK hat weiter festgestellt, dass gewisse Massnahmen, die in den letzten Jahren zurückgestellt wurden, nun umgesetzt werden. Dazu gehören strukturelle Massnahmen im Personalbereich, beim Immobilienmanagement, in den Departementen und in der IT. Dabei gilt es aus Sicht der RPK sicherzustellen, dass die Gesamtausgaben unter Kontrolle bleiben. Dies gilt namentlich in Bezug auf die Kosten bei den Schulsekretariaten. Die RPK weist zudem darauf hin, dass in mehreren Dienstabteilungen Stellen für das Beschaffungswesen geschaffen worden sind. Der RPK ist allerdings unklar, wo die Abgrenzung zur zentralen Beschaffung erfolgt. Aus Sicht der RPK gilt es sicherzustellen, dass diese Stellen mit der zentralen Beschaffung eng abgestimmt und dass Doppelspurigkeiten und Ineffizienzen vermieden werden. Die Mehrheit der RPK stimmt dem Budget wie auch den Produktegruppen-Globalbudgets für das Jahr 2019 zu, eine Minderheit lehnt beide Budgets ab. Den Anträgen des Stadtrats zur Übertragung der pauschalen Budgetkredite für das städtische Lohnsystem und auf Festlegung des Steuerfusses auf 119 Prozent stimmt eine Mehrheit zu. Eine Minderheit beantragt eine Senkung des Steuerfusses auf 116 Prozent.

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 682/2018–687/2018)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

**STR Daniel Leupi:** Die folgenden Sätze sind aus dem Städtemonitoring von Avenir Suisse. Darin steht: «Die Führung des Staatshaushalts lässt in der Stadt Zürich wenig zu wünschen übrig. Die Laufende Rechnung ist in der Regel ausgeglichen und es wird genügend investiert.» So etwas ist natürlich Musik in den Ohren eines Finanzvorstehers. Für den Stadtrat ist diese Bewertung Ausdruck einer bewusst betriebenen und langfristig orientierten Finanzpolitik. Dies gilt natürlich für die Gesamtpolitik, wovon die

*Finanzpolitik nur eine Funktion ist. Für uns bedeutet dies, dass wir ein mittelfristig ausgeglichenes Rechnungsergebnis haben – und die Betonung liegt auf mittelfristig. Weiter wollen wir unser Eigenkapital sichern und damit unsere Investitionen ohne Hau-Ruck-Übungen tätigen. Und zuletzt streben wir eine konstante und berechenbare Steuerpolitik an. Ich sage das wahrscheinlich jedes Jahr, weil man an der Spitze der Finanzpolitik langfristig denken muss. Der Stadtrat will auch im kommenden Jahr das Hauptziel einer attraktiven Stadt für die gesamte Bevölkerung, die Unternehmen und weitere Anspruchsgruppen anstreben. Dazu gehören eine gesicherte Infrastruktur und Dienstleistungen, wie sie die Bevölkerung erwartet. Besonders gewachsen ist die Bevölkerungsgruppe der Vierjährigen: Während die Gesamtbevölkerung seit 2011 um neun Prozent zugelegt hat, haben wir heute 25 Prozent mehr Vierjährige. Was das für Turnhallen, Schulplätze und Lehr- und Verwaltungskräfte bedeutet, muss ich Ihnen nicht mehr vorrechnen. Dieses Wachstum macht Spass und ist anspruchsvoll. Diese Wachstumsaufgaben trägt die Stadt Zürich nicht alleine: Ich habe eine Zusammenstellung der Steueranpassungen der Gemeinden im Kanton Zürich erstellen lassen. Da gibt es sowohl Steuererhöhungen wie -senkungen, doch es sind mehr Gemeinden, die die Steuern erhöht haben – zum Teil mit einem Wert deutlich über jenem der Gemeinden, die Steuern senken konnten. Daraus kann man schliessen, dass dieses Wachstum nicht nur für die Stadt Zürich, sondern auch für den Agglomerationsring ein Thema ist. Zürich ist steuertechnisch relativ attraktiver geworden, weil man die Steuern seit Jahren nicht mehr erhöhen musste. Das Budget ist das erste nach HRM2 erstellte, das HRM1 aus den 1980er-Jahren ablöste. Diese Umstellung hat einen grossen Aufwand verursacht, darum geht mein Dank an die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung, insbesondere an jene der Finanzverwaltung. HRM2 wird von der kantonalen Gesetzgebung vorgegeben und ist Teil einer schweizweiten Entwicklung. Es bringt folgende Veränderungen mit sich: eine höhere Transparenz, lineare statt degressive Abschreibungen, Vorschriften zur Führung einer Anlagenbuchhaltung, das True-And-Fair-View-Prinzip und anderes. Dies hat unter anderem den Effekt, dass wir alleine bei den Abschreibungen in den kommenden Jahren 80 Millionen Franken weniger Aufwand haben als in früheren Jahren, in denen schneller abgeschrieben wurde. Dies merkt man insbesondere in Zeiten, in denen viel investiert wird. Da aber schlussendlich jeder investierte Franken wieder abgeschrieben werden muss, werden diese Aufwände in den nächsten Jahren wieder steigen. Zum Thema Personal: Zum Pauschalabzug werde ich mich detailliert äussern, wenn der entsprechende Antrag gestellt wird. Mir geht es zuerst um die allgemeinen Aussagen, die bis jetzt gemacht wurden. Es gibt verschiedene Gründe, warum die Stadt Zürich ein Stellenwachstum hat, unter anderem etwa, weil immer mehr Leute in dieser Stadt leben. Im Grossen und Ganzen findet das Stellenwachstum deshalb statt und dort kann man nicht rationalisieren – ausser Sie wollen den Schulunterricht durch Roboter erbringen lassen. Mehr Schulklassen bedeuten mehr Lehr- und Betreuungspersonen. Dieser Mechanismus greift auch im Gesundheitswesen. Das Wachstum findet auch in der engeren Verwaltung statt, aber es liegt ganz klar unter dem Bevölkerungswachstum – auch wenn das immer wieder anders behauptet wird. Dazu zitiere ich nochmals die Avenir-Suisse-Studie: «Die Entwicklung der Verwaltungskosten ist über alle Städte hinweg ausgeglichen. Auch Zürich weist eine Kostensenkung aus. Zürich konnte innerhalb des Beobachtungszeitraums von fünf Jahren beinahe fünf Stellen pro*

*Tausend Einwohner einsparen.» Das angeblich grosse Wachstum findet also nicht statt. Beim Steuerfuss hat die Stadt Zürich eine langjährigen Praxis, diesen nicht alle zwei oder drei Jahre anzupassen, wie es gerade nötig scheint – in den letzten 25 Jahren hatten wir nur zwei oder drei Anpassungen. In Anbetracht von nationalen und kantonalen Entwicklungen ist es wenig sinnvoll jetzt den Steuerfuss zu senken, um ihn später wieder anheben zu müssen, wie es bei den umliegenden Gemeinden nötig war. Es geht auch nicht auf, zu fordern, man müsse die Fremdverschuldung abbauen und gleichzeitig den Steuerfuss senken. Zur Laufenden Rechnung werde ich wegen der Flughafenaktien – auf die wir keinen Einfluss haben – keine konkrete Zahl nennen. Wir müssen den Sondereffekt einfach hinnehmen: So wie der Kurs letztes Jahr aufwärts ging, ging es dieses Jahr hinunter. Trotzdem werden wir im mittleren zweistelligen Bereich positiv abschliessen, womit das Eigenkapital stabil bleiben wird.*

Kommissionsmehrheit/-minderheit zum Budget und FAP sowie zum Änderungsantrag FAP:

**Raphaël Tschanz (FDP):** *Die Wirtschaft brummt, die Steuereinnahmen sprudeln, die Arbeitslosigkeit sinkt, die Zinsen bleiben tief, die Aussichten für 2019 sind gut, es herrscht Zuversicht. Man muss bis ins Jahr 2007 – also vor der Finanzkrise – zurückgehen, um einen ähnlich hohen Saldo zu finden. Das Budget 2007 wurde mit einem Ertragsüberschuss von 46 Millionen Franken veranschlagt – allerdings um 1,5 Milliarden Franken tiefer und klar nicht in Proportion zur Bevölkerung. Das Budget ist seither stärker gewachsen als die Bevölkerung. Aufgrund der Umstellung auf HRM2 gibt es verschiedene Faktoren, die das Budget positiv beeinflussen: Der Verzicht auf die Aufwertung des Verwaltungsvermögens führt zu tieferen Abschreibungen und bei der IMMO zu einer Ergebnisverbesserung von 70 Millionen Franken. Daneben gibt es weitere Sondereffekte. Angesichts des wirtschaftlichen Umfelds und der Umstellung auf HRM2 kann man sich zu recht fragen, ob nicht mehr drin gelegen wäre. Vor diesem Hintergrund ist das Budget 2019 ausgeglichen. Dennoch geht die Minderheitsforderung, die Kenntnisnahme des FAP abzulehnen, für die Mehrheit der RPK zu weit.*

**Peter Schick (SVP):** *Die SVP lehnt das Budget und das Globalbudget ab und nimmt den FAP ablehnend zur Kenntnis. Der nach Novemberbrief budgetierte Einnahmenüberschuss von 35 Millionen Franken ist zu wenig, weil die Wirtschaftslage rekordverdächtig und immer noch steigend ist und die Steuereinnahmen auf Rekordniveau sprudeln. Das Personalwachstum nimmt zu, die Investitionen steigen von 1 auf 1,3 Milliarden Franken und die Schulden steigen auch wieder. Aus diesem FAP können wir nicht erkennen, wie der Stadtrat in den nächsten Jahren den steil ansteigenden Aufwand begrenzen möchte. Dies bedeutet für die nachfolgenden Generationen, dass das Eigenkapital sehr schnell aufgebraucht sein wird. Dies, weil das Bevölkerungswachstum weiter steigt und die Stadt das entsprechende Angebot bereitstellt. Dies muss durch steuerzahlende Anwohner und Gewerbe finanziert werden. Wir können nicht erkennen, wie das mit dem vorliegenden FAP weiter gehen soll.*

Eintreten ist unbestritten

Weitere Wortmeldungen:

**Severin Pflüger (FDP):** *Ich möchte mich zuerst zur genannten Studie von Avenir Suisse äussern. Sie waren überrascht, wie die Studie in der Stadt Zürich aufgenommen wurde. Sie sind nämlich durchaus der Meinung, dass diese Studie für Zürich sehr viele Defizite aufzeigt. Die untersuchten Städte liegen im Rating sehr nahe beieinander und Zürich liegt nur durch Zufall wenige Punkte vor den anderen. In den anderen Städten ist man ob dieser Studie erschrocken, in Zürich wurden nur die schmeichelhaften Sätze gelesen. Zu diesen schmeichelhaften Sätzen kam es nur wegen Faktoren, auf die die Politik kaum Einfluss hat. Zum Finanz- und Aufgabenplan der Stadt Zürich: Wir haben ein Wachstumsversprechen, das auch verspricht, dass es uns besser gehen wird. Wir spüren das auch: Dieser Stadt geht es nicht zuletzt wegen des Wachstums besser. Es herrscht Arbeitssicherheit bei steigenden Löhnen und einem steigenden Angebot an Gütern und Dienstleistungen. Es gibt aber noch einen zweiten Teil dieses Wachstumsversprechens: Die Lasten, die wir für unser Gemeinwesen und die Schwächsten tragen, werden auf mehr Köpfe verteilt und nehmen deshalb ab. Den zweiten Teil hält der FAP nicht ein. Wenn wir mehr Bürger sind, müssten die Gebühren und Steuern eigentlich sinken, weil wir die Lasten auf mehr Schultern verteilen können. Man kann natürlich sagen, dass die meisten davon Kinder sind und die kosten bloss – das stimmt, aber es sind eben nicht nur Kinder, sondern auch sehr viele Erwachsene, die da zuziehen. Man kann feststellen, dass die Bevölkerung linear, die Fremdverschuldung aber logarithmisch wächst. Die langfristigen Finanzverbindlichkeiten, das ist das, was wir am Kapitalmarkt aufnehmen, waren im Budget 2018 fünf Milliarden Franken und laut FAP werden das im Jahr 2022 sieben einhalb Milliarden Franken sein – 50 Prozent mehr. Das lässt sich auf die Bevölkerung herunterrechnen: Im Budget 2018 betrug die Verschuldung pro Einwohner 10 000 Franken. Der Kanton sagt, eine Nettoverschuldung I von 5000 Franken gilt bereits als sehr hoch. Bis 2022 steigt diese Verschuldung auf 15 000 Franken, also dreimal so viel, als der Kanton als «sehr hoch» bezeichnet.*

**Florian Utz (SP):** *Der Stadtrat hat ein gutes Budget vorgelegt, das wir unterstützen. 35 Millionen Franken ist es im Plus und gleichzeitig wurden durch den Stadtrat bereits Verbesserungen aufgegleist. Trotzdem haben wir nach weiteren Verbesserungen gesucht und stützen uns dabei auf unsere Telefonumfragen bei der Bevölkerung. Die Steuerbelastung wird dabei kaum je erwähnt, es gibt keine Wehklagen über zu hohe Steuern, auch wurde nie erwähnt, die Stadt Zürich habe zu viel Personal. Viel häufiger fragen sich die Leute, ob sie auch dann noch eine bezahlbare Wohnung finden, wenn sie die bisherige wegen einer Sanierung verlassen müssen. Wir werden auch häufig gefragt, ob nicht die Lebensqualität sinke durch die Verdichtung beim zusätzlichen Bevölkerungswachstum. Zuletzt sorgen sich die Menschen um eine drohende Altersarmut und wie das Leben im Alter finanziert werden solle, etwa durch eine Pflegefinanzierung. Diese Sorgen sollen im jetzigen Budget aufgenommen werden. Eine Verbesserung der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen (PWG) soll eine Antwort auf die Wohnungsfrage sein. Eine Ausweitung der Grünräume soll die Lebensqualität bei zusätzlicher Verdichtung sicherstellen. Mit einem Verzicht auf eine Gebührenerhöhung bei den Pflegezentren wollen wir der Angst*

*vor Altersarmut begegnen. Das trifft zwar nur wenige Personen, einzelne dafür sehr hart. Auch mit einer Erhöhung der Wintermantelzulage wollen wir dieser Angst begegnen. Die Begegnung dieser Sorgen soll auf eine finanzpolitisch verantwortungsvolle Art geschehen, ohne dass wir einfach die finanziellen Schleusen öffnen – auch weil Unsicherheiten in der Zukunft bestehen. Darum haben wir genau geschaut, wie teuer die erwähnten Verbesserungen sind – und jene von anderen Fraktionen, die wir unterstützen. Zusammen kosten diese weniger als ein Steuerprozent.*

**Alan David Sangines (SP):** *Sämtlichen Medien ist im Vorfeld dieser Debatte angetragen worden, die Rechte, insbesondere die SVP, hätten sich bei diesem Budget gemässigt und sich mit Anträgen zurückgehalten. Dies ist aber nur die halbe Wahrheit. Für die SVP mag diese Mässigung sogar stimmen, die Freisinnigen scheinen aber bei diesem Budget ausser Rand und Band zu sein. Die FDP sagt in den Medien, sie würde mit Nadelstichen gewissen Prioritäten setzen. Schauen wir doch einmal, was das für Prioritäten sind. Etwa beim Antrag 11 zu den Deutschkursen für Migrantinnen und Migranten: Die Wortwahl der Begründung erinnert an die SVP mit «keine freiwilligen Kürsli auf Kosten der Steuerzahler» oder «Was nichts kostet, ist offenbar auch nichts wert». Während die Medien erwähnen, dass die SVP der Fachstelle für Gleichstellung nicht mehr das ganze Geld streichen möchte, findet sich tatsächlich ein FDP-Antrag, der diese Fachstelle ganz abschaffen möchte. Während die SVP bei der Entwicklungshilfe lediglich sagt, dies sei keine kommunale Aufgabe, bezeichnet die FDP die Entwicklungshilfe gar als kontraproduktiv. Auch im Schulbereich, wo die FDP immerhin noch Präsidien stellt, macht sie Vorschläge, die auf eine schlechte Prioritätensetzung hinweisen – etwa, dass man eine halbe Million Franken sparen könne, wenn die Kinder ihre Bücher selber einbinden. Das Schulleitungssekretariat, das die Schulen seit Jahren fordern, bezeichnet die FDP als «Verbürokratisierung der Volksschule». In weiteren Anträgen spricht sie von unnötigem Luxus in den Tagesschulen oder von Krücken zur Behebung von Problemen der schulischen Integration. Beim Waidspital will die FDP 4,5 Millionen Franken einsparen, obwohl bereits enorme Sparanstrengungen unternommen werden und Personal abgebaut wurde. Gleichzeitig sollen Gelder für ein Werbeetat gesprochen werden, damit das Waid eine Charmeoﬀensive fahren kann. Ganz nach dem Motto: Fahren wir das Spital doch an die Wand und malen was übrig bleibt noch goldig an. Diese Vorstösse sind keine Nadelstiche, sondern ein Vorgehen mit dem Vorschlaghammer. Im Gegensatz dazu hat die SP in diesem schon guten Budget mit verschiedenen Partnern Akzente gesetzt.*

**Peter Schick (SVP):** *Ich will vor allem über den FAP sprechen, der schönfärberisch geschrieben ist. An den kommenden Probleme sollen andere Schuld sein, vor allem Bund, Kanton, das Ausland und die Bevölkerung, die in die Stadt zuwandert – nur nicht der links-grüne Gemeinderat, der mit stetig neuen Aufgaben an den Stadtrat gelangt, die dieser natürlich gerne entgegen nimmt und umsetzt. Im Kapitel «Einflussfaktoren finanzielle Entwicklung» gibt es drei Themen, die wohl bei all den kommenden Vorstössen durchgewunken werden und zu hohen Investitionskosten führen: Wachsen der Stadt gleich mehr Infrastrukturbauten, 2000-Watt-Gesellschaft und die Einführung von Tagesstrukturen im Schulamt – wo das grösste Stellenwachstum stattfindet. Dann*

*gibt es noch die Leuchtturmprojekte, die die Stadt vorantreiben möchte. Zum Beispiel in der Kunst und im Kulturangebot – auch in den Tagesschulen – oder die Velowege. Mir kommt es vor, als wolle man die Stadt als Stadt der Städte auf der Landkarte präsentieren, so dass sie eine enorme Anziehungskraft auf Zuzüger ausübt. Dabei geht das Gewerbe vergessen, das Steuereinnahmen generiert und die Stadt Zürich zunehmend verlässt. Wir haben zuvor festgestellt, dass die Einnahmen der natürlichen und juristischen Personen auf Rekordniveau sind, aber wird das so weiter gehen? Der dritte Einnahmeposten, die Grundstückgewinnsteuer, wurde vorsichtshalber 50 Millionen Franken tiefer budgetiert. Dies ist ein erstes Anzeichen, dass die Grundstücke nicht mehr so häufig die Hand wechseln. Wahrscheinlich folgen darauf auch die Steuereinnahmen bei den juristischen und natürlichen Personen mit einem Rückgang. Dann hat die Stadt ein Problem: Zwar hat sie noch ein städtisches Eigenkapital von mehr als einer Milliarde Franken, aber die fortlaufend dem Stadtrat präsentierten Aufgaben werden dieses Eigenkapital sehr schnell aufbrauchen. Es ist nun an der Zeit, dass man der ganzen Stadt mit einer Steuersenkung etwas zurück gibt und nicht nur einem kleinen Teil, der von subventionierten Wohnungen et cetera profitiert. Der Schuldenberg bei den Stadtspitalern von 800 Millionen Franken wurde im FAP nicht genügend betont. Hier wurde zwar schon etwas aufgegleist, aber ich hoffe, dass der neue Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements hier Massnahmen ergreift, um diesen Schuldenberg zu verkleinern. Denn sollte dieser Schuldenberg einmal explodieren, wird die Stadt Zürich zur Steuerhölle. Weiter ist es klar, dass eine wachsende Stadt investieren muss und dadurch die Infrastrukturkosten steigen. Aber dass das Fremdkapital von 8,2 auf 11 Milliarden Franken ansteigt, ist nicht gut, denn die Wirtschaftslage wird in Zukunft schlechter.*

**Shaibal Roy (GLP):** *Der FAP zeigt auf, dass der Stadt schwierige Jahre bevorstehen mit hoch-defizitären Jahresergebnissen. Von bürgerlicher Seite kommt der wenig weitsichtige Vorschlag, die Steuern zu senken, während man gleichzeitig das Fremdkapital abbauen möchte. In Zukunft wird es wegen der Steuervorlage 17 eine Stagnation bei den Steuereinnahmen geben – der FAP berücksichtigt dies noch nicht. Wir werden wahrscheinlich Steuereinnahmen von unter drei Milliarden haben, anders als im FAP behauptet. Für Unternehmen und Privatpersonen ist eine langfristige Steuerstabilität eminent wichtig – ein kurzfristiges Absenken und dann drei Jahre später wieder Erhöhen des Steuerfusses schreckt Unternehmen mit einer langfristigen Perspektive eher ab. Gleichzeitig zeigt der Stadtrat zu wenig auf, wie eine Ausgabendisziplin erreicht werden soll. Das Budget weist auch darauf hin: Man hat von vielen Sondereffekten profitiert. Dem gegenüber stehen wenige Reduktions-Massnahmen des Stadtrats, die struktureller Natur sind. Das ist gleichzeitig verständlich, denn die wachsende Stadt braucht Investitionen, die wir sprechen müssen. Auch die Digitalisierung ist eine Innovation, die Investitionen braucht. Die Investitionen sollten aber fokussiert sein, das heisst, die Ressourcen sollten stärker gebündelt werden. Unter dem Begriff Digitalisierung spriessen überall Stellen in jedem Departement – hier müssten gesamtstädtisch Ressourcen gebündelt werden. Mittel- bis langfristig würden so Effizienzgewinne erzielt werden.*

**Felix Moser (Grüne):** *STR Daniel Leupi zitierte die Studie von Avenir Suisse, ich habe*



eine andere Studie im Gedächtnis. Im Frühling titelte die NZZ aufgrund einer Studie von Mercer, dass Zürich erneut die Stadt mit der weltweit zweithöchsten Lebensqualität hinter Wien sei. Die Mercer-Studie hat den Nachteil, dass sie nur sehr ausgewählte Punkte berücksichtigt. So werden etwa Bildung und Sicherheit sehr hoch bewertet, während Nachhaltigkeit oder der ökologische Fussabdruck gar kein Thema der Studie ist. Daraus können wir zwei Dinge ablesen: Erstens geht es uns sehr gut und zweitens ist alles eine Frage der Gewichtung. Mich würde es etwa mehr freuen, wenn Zürich die Stadt mit dem zweitkleinsten ökologischen Fussabdruck ist – am besten zusammen mit der zweithöchsten Lebensqualität. Ein Happy-Planet-Index berücksichtigt Lebensqualität und den ökologischen Fussabdruck. Dort fällt die Schweiz auf Rang 24 – ein Städteranking gibt es leider nicht. Die langfristigen Ziele der Grünen sind klar: Reduktion des ökologischen Fussabdrucks, die Änderung des Verkehrsmodells, weniger CO<sub>2</sub>, mehr soziale Gerechtigkeit – all dies kann man nicht mit einem Budgetantrag erreichen, weshalb wir uns dieses Jahr sehr zurückgehalten haben. Wir stehen hinter dem Budget, sind aber überzeugt, dass wir angesichts grosser Herausforderungen nicht stillstehen dürfen. Dazu gehört nicht nur die Steuervorlage 17, die wir ablehnen, da sie den Steuerwettbewerb fördert. Ich denke vor allem an den Klimawandel. Sie erinnern sich an den Hitzesommer, den wir gerade hinter uns haben. Die SVP forderte Klimaanlage in Alterszentren, doch das ist nur Symptombekämpfung, die die Ursache aussen vor lässt und gleichzeitig noch mehr Energie verbraucht. Nicht umsonst wurden die Wahlen im nächsten Jahr auch schon als Klima-Wahlen bezeichnet. Die Auswirkungen des Klimawandels auf Zürich lassen sich nur schwer abschätzen oder beziffern. Dementsprechend ist für die Grünen der FAP das entscheidende Instrument und darin vermisse ich deutliche Worte zu den übergeordneten Zielen. Shaibal Roy (GLP) erwähnte, dass über die Digitalisierung höchstens punktuell gesprochen wird. Das gleiche gilt für die Ökologie und den Schutz der Umwelt, das eigentlich ein Schwerpunktthema des Stadtrats ist. Der FAP heisst ja auch Aufgabenplan und somit würden wir gerne erfahren, was in den nächsten Jahren in punkto Klimawandel, Nachhaltigkeit oder Umweltschutz als wichtig gilt und Investitionen auslöst.

**Roger Bartholdi (SVP):** Felix Moser (Grüne) sagt, er vermisse die Ökologie im FAP. Die Fraktionserklärung der SP sagt das Gegenteil: der FAP spiegle eine soziale und ökologische Politik. Ich sehe hier einen Widerspruch. Beim Steuerfuss geht es nicht darum, ob er jetzt zwei Prozentpunkte runter geht. Unternehmen fragen sich vielmehr, wie viel Steuern sie effektiv in Franken bezahlen müssen und hier gilt: Je tiefer der Steuerfuss, desto attraktiver. Das Stellenwachstum ist punktuell natürlich berechtigt, aber nicht in diesem Ausmass mit den über 800 Stellen zusätzlich seit der Rechnung 2017 – das ist, wie wenn man ein grösseres Unternehmen in die Stadtverwaltung integrieren würde. Weiter ist es im aktuellen Umfeld ein Kinderspiel, Rekordeinnahmen bei den Steuern zu verzeichnen. Doch gerade bei Rekordeinnahmen ist Disziplin wichtig und Mehrausgaben gehören verhindert, so dass am Ende nicht nur 40 Millionen Franken, sondern deutlich mehr in die Eigenmittel einfliessen beziehungsweise für den Schuldenabbau verwendet werden. Das sind wir den Steuerzahlern schuldig, die diese Rekordeinnahmen finanzieren, und eben nicht nur dem Personal. Gerade die Flughafenaktien zeigen, wie schnell sich das günstige Umfeld wieder ändern kann und dann sieht es plötzlich sehr traurig aus – der FAP zeigt es. Ein anderer Punkt in dieser

*Budgetdebatte sind die Beschlüsse der RPK zu den Spielregeln, wie man die Debatte führen möchte: Etwa, dass man zu kleineren Beträgen keine Anträge stellt, pro Antrag nur noch eine Minute und dreissig Sekunden und pro Postulat nur noch zwei Minuten sprechen darf und nur ein Redner pro Fraktion spricht. Daran haben wir uns gehalten, doch wir sind gespannt, ob das funktioniert. Das Budget ist ein Mittel der kurzfristigen Planung und deshalb lehnen wir es ab. Es hätte ein besseres Ergebnis bei diesen Rekordeinnahmen gebraucht.*

**Walter Angst (AL):** *Die Eintretensdebatte zeigt immer wieder auf, wie wenig bekannt ist über die Funktionsweise der Finanz- und Aufgabenplanung. Felix Moser (Grüne) verwechselte den FAP mit den Legislatorschwerpunkten. Beim FAP geht es um den mittelfristigen Ausblick über die finanzielle Entwicklung der Stadt. Der Gemeinderat kann einzig beim Budget vereinzelt Einfluss darauf nehmen. Wenn man sämtliche möglichen Investitionen in den FAP einträgt, ist es nur logisch, dass die Fremdkapitalbelastung steigt. Der Stadtrat hat bereits gesagt, dass die Stadt Zürich wegen der neuen Kennzahlen eben nicht mit Sternenberg verglichen werden kann – doch dies wird vom Freisinn nicht zur Kenntnis genommen. Im FAP stehen etwa die Wind-Investitionen von STR Michael Baumer im Fremdkapital, die er nie vollständig ausschöpfen wird. Es gibt also keinen Grund, sich wegen der steigenden Zahlen Sorgen zu machen. Relevant ist viel mehr, dass wir in die städtische Infrastruktur investieren und das wird künftige Budgets belasten. Natürlich darf man nicht wegschauen, man sollte sich aber auch nicht von irgendwelchen Dingen blenden lassen. Das Modell der Stadt Zürich ist es, in gute Infrastruktur zu investieren – für die Betreuung, Velowege, eine lebenswerte und ökologische Stadt und in eine gute Volksschule. Wegen dieser Investitionen sind wir bei den Ratings dermassen erfolgreich und auch deswegen findet man im FAP die entsprechenden Ausgaben. Das Problem für die Stadt ist, dass sich der Kanton nicht an der Entwicklung der Volksschule beteiligt. Deshalb haben wir am Stadtrand so einen riesigen Graben zwischen der Stadt und den anderen Gemeinden und so nimmt der Druck auf die Stadt laufend zu. Das ist nicht gut für das Zusammenleben im Metropolitanraum und hier gilt es, Lösung zu finden. Natürlich darf das Geld nicht mit den Schaufeln zum Fenster hinausgeworfen werden, aber es gilt die Leistungen zu entwickeln und nicht, in eine überholte Konkurrenz um den Steuerfuss zu treten. Wir werden uns beim FAP enthalten, weil wir uns vom Stadtrat wünschen, dass man gewisse Kennzahlen in den FAP integriert, die über das vom Kanton vorgeschriebene Mindestmass hinausgehen. Nur mit diesen Zahlen kann man schnell erkennen, wo in Zukunft der Schuh am meisten drückt.*

**Severin Pflüger (FDP):** *Es ist so, dass die Schulden pro Einwohner in den nächsten fünf Jahren um 10 000 auf 15 000 Franken steigen und dass das gemäss Kanton eine sehr hohe Verschuldung ist. Nun sagt der Stadtrat tatsächlich, dass diese Kennzahlen keine passende Referenz für die Stadt Zürich sind, um zu bewerten, ob das viel oder wenig ist. Ich möchte hier aus dem FAP zitieren: «Die Kennzahlendefinition und Richtwerte gemäss den Vorgaben des Gemeindeamts berücksichtigen die besondere Situation nicht. Als vollintegrierter Konzern umfasst die Stadt Zürich zwei Spitäler, die VBZ, das ewz etc.» Und deswegen müsse man eben die Schulden entsprechend als auf diese Betriebe verteilt betrachten und diese sind teilweise gebührenfinanziert und*

geschlossene Rechnungskreisläufe. Deshalb sei diese Verschuldung kein Problem. Ich sage aber, dass das trotzdem ein Problem ist. Insbesondere das Thema Windkraftwerke im Ausland: Es fällt auf den Steuerzahler zurück, wenn ein europäisches Land seine Subventionen bezüglich erneuerbarer Energien anpasst. Auch bei den Spitälern kann es zum Problem werden, wenn diese eines Tages erklären würden, dass etwa die gebauten Bettenhäuser nicht in die Strategie des Spitals passen. Dann hat der Steuerzahler diese Schulden an der Backe. So gesehen ist die Relativierung des Stadtrats falsch, dass man diese Schulden anders betrachten müsse, weil wir ein vollintegrierter Betrieb sind. Ausserdem hat uns der Stadtrat die Kennzahl der Nettoverschuldung II nicht geben wollen, die genau diese Aufschlüsselung nach Betrieben vornimmt. Ich zitiere dazu aus der Antwort des Stadtrats: «Der Vergleich und die Interpretation nicht einheitlich definierter Kennzahlen birgt die Gefahr von Missverständnissen und Fehlurteilen.» Der Stadtrat glaubt also, wir würden uns ein Fehlurteil bilden, wenn er uns eine weitere Kennzahl liefert zur Begründung seiner Relativierung. Es liegt also am Stadtrat, aufzuklären, wo das Missverständnis besteht. Sie müssen sich vor allem merken, dass die Stadt Fremdkapital anhäuft und das um ein Vielfaches mehr als das Bevölkerungswachstum. Das ist im Moment und in näherer Zukunft nicht weiter schlimm, irgendwann in der Zukunft wird uns das aber wieder einholen. Sind wir in der Lage, diese Verschuldung irgendwann wieder einmal abzubauen? Dazu gibt es auch eine interessante Kennzahl: Der Nettoverschuldungsquotient liegt zur Zeit bei 175 Prozent der aktuellen Steuereinnahmen. Wir brauchen also die Steuereinnahmen von eindreiviertel Jahren, um alle Schulden begleichen zu können. Dieser Quotient steigt auf 240 Prozent bis ins Jahr 2022. Einen Schuldenabbau wird es also erst geben, wenn wir in eine Inflation hineinlaufen, denn aus eigener Kraft werden wir die Schulden nie abbauen können. Das ist das Problem: Im Moment geht es uns zu gut, wir machen uns zu wenige Sorgen. Wie viele andere Staaten und Gemeinwesen nehmen wir billiges Fremdkapital auf und setzen darauf, dass die gewachsene Bevölkerung uns dies doppelt und dreifach zurückzahlen wird.

**Samuel Balsiger (SVP):** Jede Partei bis jetzt hat gesagt, das Bevölkerungswachstum stelle uns vor Probleme. Es gibt nur eine grosse Partei, die sagt: Alles ist super, wir begrüßen das Wachstum und die Lebensqualität ist toll. Die SVP hinterfragt die Masslosigkeit dieser Einwanderung kritisch. Die Ausgaben sind seit 2005 um 24 Prozent von 7 auf 8,7 Milliarden Franken gestiegen. Im gleichen Zeitraum stieg die Bevölkerung um 16 Prozent. Es stimmt also: Die Einwanderung treibt die Kosten nach oben. Das ist aber nicht die ganze Wahrheit, denn es sind auch die masslosen, ideologischen Begehrlichkeiten und nicht etwa der böse Kanton oder das bürgerliche System, das die Stadt an den Rand des Ruins treibt. Eine Partei begrüsst das Bevölkerungswachstum mittels den steigenden Zahlen zu Beschäftigung, Einkommen und Arbeitsplätzen und sagt, alleine dadurch ginge es den Leuten besser. Das ist von der Realität losgelöst: Schon alleine die Bodenpreise sind von 2008 bis 2017 um 42 Prozent gestiegen, so schreibt es der Tages-Anzeiger. Wenn die Bodenpreise um 42 Prozent gestiegen sind, können Sie sich ausrechnen, dass auch die effektiven Mieten massiv gestiegen sind. Die hohen Mieten und das Gedränge im Tram und in der Badi reflektieren die durch das Wachstum beeinflusste Lebensqualität und nicht irgend eine Statistik. So können weder

*Happy-Index noch Statistiken zur Lebensqualität weismachen, dass die Masseneinwanderung und die masslose Bevölkerungsexplosion irgend eine positive Auswirkungen auf die Menschen haben. Die Einwanderung raubt den Menschen Lebensqualität. Das stellen auch Sie fest: Sie kriegen Angst und deshalb beginnen Sie, immer häufiger über die Einwanderung zu sprechen – und das tun wir hier im Gemeinderat seit Monaten.*

**Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP):** *Wenn die rote Linie bei der Pro-Kopf-Verschuldung bei 5000 Franken angesetzt wurde, dann können wir die aktuelle Verschuldung nicht verharmlosen, indem wir darauf hinweisen, dass man die Stadt nicht mit anderen Gemeinden vergleichen könne. Die Zeichen stehen auf Sturm und dürfen nicht bagatellisiert werden. Es ist ja nicht so, dass nur ein moderater Anstieg angestrebt wird, sondern eine Verdreifachung der Verschuldung. Es ist schönfärberisch zu sagen, es würden sowieso nicht alle genehmigten Investitionen umgesetzt. Wir kennen die Zahlen aus Italien und Griechenland zur Verschuldungsquote und selbst die sind noch tiefer als die für Zürich in Aussicht gestellten Werte. Wir müssen damit rechnen, dass die Zinsen steigen könnten, was das Verschuldungsproblem potenzieren würde. Wir dürfen diese Gefahr nicht unterschätzen. Die aktuellen Zahlen sind schwarz, also positiv. Aber wir stehen auf tönernen Füßen. Die Zahlen wären schon tiefrot, würde man nur den Betrag subtrahieren, den wir mittels Ordnungsbussen einfahren. Wenn eine Stadt auf das Fehlverhalten ihrer Bürger angewiesen ist, um schwarze Zahlen zu schreiben, dann stimmt etwas nicht.*

**Përparim Avdili (FDP):** *Alan David Sangines (SP) kritisierte, die FDP wolle vor allem bei den integrativen Massnahmen Geld einsparen. Der Denkfehler ist, dass eine erfolgreiche Integration nicht automatisch mit mehr Mitteleinsatz verbunden ist. Statt dessen sollten Menschen aktiv in die Gesellschaft eingebunden werden, etwa mit einer Mitgliedschaft bei einem Verein, was traditionell zu einer sehr schnellen Integration führt – nicht nur von Ausländern. Man muss die Menschen aus ihren Blasen herausholen, die für den Kern der meisten Probleme verantwortlich sind. Das führt zu besseren Deutschkenntnissen als Kurse, die sowieso keine Berufskompetenzen mitgeben. Ausserdem lernen die Leute die lokalen Werte kennen. Gerade Staaten, die Migrationsarbeit als staatliches Hoheitsgebiet betrachten, haben heute gewaltige Probleme – bis zur Entstehung von Parallelgesellschaften. Ein grösserer Staat ist nicht automatisch gut, sondern ungesund, wenn er über seine grundlegenden Aufgaben wächst. Das ist insbesondere problematisch, wenn man diese Grösse nur mit fremder Hilfe erreichen will. Der Staat muss von seinen grundlegenden Aufgaben ausgehen. Dazu gehören auf jeden Fall Infrastruktur und Schule dazu, aber bestimmt nicht die Erweiterung eines Immobilienportfolios, wie es der Stadtrat anstrebt und das nur mit Fremdkapital zu finanzieren ist und den Wohnungsmarkt dann doch nicht beruhigt. Denn der weniger werdende private Boden gewinnt so an Wert und verlangt höhere Zinsen. Noch schlimmer ist, dass die Stadt auch noch alles selber bauen will. Es gibt also mehr als genügend Möglichkeiten, das Fremdkapital zu senken und gleichzeitig sinnvolle Investitionen zu tätigen.*

**Florian Utz (SP):** *Der FAP muss nun dafür herhalten, um ein Katastrophenszenario an*

die Wand zu malen, weil das mit dem Budget nicht geht, das ja einen Überschuss verzeichnet. Ich will an das anknüpfen, was Walter Angst (AL) gesagt hat. Was ist der FAP? Dort drin muss man alle Ausgaben auflisten, die in Zukunft anfallen könnten. Je näher man dem jeweiligen Jahr kommt, umso mehr Aufgaben werden verschoben oder fallen gar nicht an. Umgekehrt – und das war schon immer so – bedeutet das: Je weiter man im FAP in die Zukunft blickt, umso schlechter sehen die Zahlen aus. Das Budget sieht immer besser aus als der FAP und die Rechnung schliesst besser ab als das Budget. Als Beispiel können wir das Jahr 2016 nehmen. Im ersten FAP stand das Jahr mit einem Defizit von 487 Millionen Franken, das von Jahr zu Jahr besser wurde. Das Budget sah dann noch ein Minus von 12 Millionen Franken vor und die Rechnung schloss mit 288 Millionen Franken im Plus. Natürlich kann man nicht sagen, dass man sich immer in diesen 0,8 Milliarden Franken bewegt – meistens ist es tatsächlich weniger – aber der Mechanismus kann an diesem Beispiel sehr gut verdeutlicht werden. Deshalb sollte man einen Mittelweg fahren und nicht mit den Extremen argumentieren wie die SVP. Diese sagt einerseits, die Stadt stehe kurz vor der Pleite und will andererseits 50 Millionen Franken Steuereinnahmen für drei Steuerprozentpunkte hergeben. Es stimmt, es gibt in Zukunft finanzpolitische Herausforderungen und dort müssen wir Verantwortung übernehmen und nicht alle Schleusen öffnen. Aber man muss auch nicht schwarzmalen, sondern einen gesunden Mittelweg fahren. Ich möchte noch auf das Votum von Samuel Balsiger (SVP) eingehen, der sagt, die Zuwanderung und das Bevölkerungswachstum bergen Herausforderungen. Das bestreiten wir gar nicht. Die Frage ist bloss, wie man mit diesen Herausforderungen umgeht. Und hier muss man festhalten, dass das Bevölkerungswachstum, die Zuwanderung und die bilateralen Verträge massgeblich zu unserem wirtschaftlichen Erfolg und Wohlergehen beigetragen haben. Darum wollen wir all das auch nicht einfach streichen, denn dies wäre ein ausgeprägtes Eigentor. Wir haben gleichzeitig die entsprechenden Vorstösse und Anträge, um die Herausforderungen anzupacken, die aus diesem Wachstum entstehen. Wir schaffen etwa mehr Integrationsklassen, leider ohne eure Unterstützung. Auch die Verdichtung birgt Herausforderungen, darum brauchen wir mehr Grünräume. Diese Anträge stellen wir und wir würden uns über eure Unterstützung freuen. Wir fordern auch, dass die Früchte des wirtschaftlichen Wohlergehens allen zugute kommen. Hier haben wir etwa gemeinsam mit dem Freisinn die Wintermantelzulage erhöht.

**Dorothea Frei (SP):** Wir haben nun schon einige Jahre an Erfahrung mit dem AFP oder jetzt dem FAP sammeln können und diese Erfahrung zeigt: Je näher die Planjahre am Budget oder der Realität sind, desto anders sehen sie aus. Wir waren ziemlich erschrocken, als wir den AFP für die Jahre 2017 und 2018 gesehen hatten, die als hoch defizitär ausgewiesen wurden. Die Realität 2017 zeigte einen hoch positiven Rechnungsabschluss und auch 2018 wird wohl positiv enden, ebenso ist das Budget 2019 positiv. Gleichzeitig zu positiven Rechnungen und Budgets haben wir in den letzten vier Jahren über 900 Millionen Franken an langfristigen Schulden abgebaut. Mich beruhigt, dass die Stadt mit der wachsenden Bevölkerung umgehen kann: Schutz & Rettung ist bereit und wird entsprechend den hohen Einsatzzahlen aufgestockt, der öffentliche Verkehr wird ausgebaut und es werden Schulhäuser gebaut. Gleichzeitig müssen wir im Gesundheitswesen noch weitere Ausbildungsplätze schaffen, wie es uns der Kanton vorgibt. Natürlich müssen wir den Selbstfinanzierungs- und

*Neuverschuldungsgrad im Auge behalten, aber die Vergangenheit zeigte, dass wir wissen, wo wir sparen und reduzieren können, so dass es nicht so kommt, wie im FAP geplant. Zum Bevölkerungswachstum: Es stimmt, dass es seit 2005 sehr viel mehr Stadtbewohner gibt. Spannend wäre aber der Vergleich dieser Zahl mit jener der Quellensteuer. Im Jahr 2008 hat uns diese Quellensteuer praktisch gerettet und die Steuerausfälle aus dem Bankensektor wegen der Finanzkrise ausgeglichen. Wir haben also einen grossen Steuergewinn an den Neuzuzüglern.*

**Michael Schmid (FDP):** *In Sachen Nettoverschuldungsquotient sollte sich die Ratslinke und der Stadtrat darüber einigen, ob dessen Ansteigen nun ein Problem darstellt oder ob es sich dabei bloss um die Ungenauigkeit des FAP handelt. Der Stadtrat relativiert die FAP-Zahlen gegenüber den Kennzahlen des Kantonsrats und sagt, es gebe keinen Grund zur Beunruhigung. Die Ratslinke sagt, es liege in der Natur der Sache, dass man in der Zukunft noch zu hohe Ausgaben ausweist. Wichtiger ist aber eine andere Feststellung. Die Grundlage dessen, was wir heute hier diskutieren, ist der wirtschaftliche Erfolg in der Stadt Zürich durch die Unternehmerinnen und Unternehmer und die Steuerzahler – dazu gehören auch die «Reichen». Erst auf dieser Grundlage können wir unsere Aufgaben erfüllen und auch noch ein positives Resultat ausweisen. Dies möchte ich insbesondere dem Referenten der Grünen mitgeben, der sagt, ihm wäre es lieber, wir wären auf einem Nachhaltigkeitsindex als auf dem Wohlstandsindex an der Spitze. Nur der Wohlstand ermöglicht es uns, Ziele wie die 2000-Watt-Gesellschaft zu verfolgen.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

**STR Daniel Leupi:** *Wenn man nichts mehr am FAP zu kritisieren hat, stürzt man sich aufs Thema Schulden. Und das obwohl die langfristige Verschuldung fast um eine Milliarde Franken abgebaut werden konnte. Und was das Abstimmen der Argumentationslinien angeht, wie es Michael Schmid (FDP) forderte: Hier wurden zwei unterschiedliche Fragestellungen miteinander vermischt. Vorneweg: Die Stadt Zürich hat bei den Rankings mehrere A's und nicht etwa B's, C's oder Minus. Es braucht zur Zeit also keinen EU-Gipfel um die Verschuldungsfähigkeit der Stadt Zürich auf den Finanzmärkten sicher zu stellen. Wir sind nach wie vor ein sehr begehrter Schuldner dessen Anleihen innert kürzester Zeit gebucht werden. Was die Kennzahlen angeht, muss der Kanton allerlei Gattung vergemeinden. Das geht von der Gemeinde Volken mit aktuell etwa 350 Einwohner bis zur Stadt Zürich mit über 400 000 Einwohnern – ein Unterschied mit dem Faktor 1:1000. Der Median liegt irgendwo zwischen 3500 und 4000 Einwohner. So eine Gemeinde muss in der Regel weder ein Tram finanzieren, noch ein eigenes Altersheim und die Wasserversorgung wird meistens mit anderen Gemeinden zusammen betrieben. Natürlich müssen auch diese Gemeinden Investitionen tätigen, aber diese geschehen in anderen öffentlich-rechtlichen oder genossenschaftlichen Körperschaften, während bei uns alles im gleichen Buch zusammengefasst ist. Dadurch entstehen ganz andere Werte, obwohl auch diese Gemeinden investieren müssen. Die Verschuldung der Spitäler taucht nicht in der Verschuldung der Gemeinde XY auf, sondern bei der entsprechenden Trägerschaft. Ich verstehe, dass der Kanton Kennzahlen nicht auf die anderen Gemeinden anwenden kann, die auf die Stadt Zürich*

15 / 16

*zugeschnitten sind. Zu der von der RPK gewünschten Kennziffer Nettoverschuldung II: Unsere Zusatzverschuldung ist in unseren integrierten Betrieben und nicht in unseren Beteiligungen, die eigene Bücher haben. Deshalb hätte sie diese Zahl nicht weiter gebracht. Abgesehen davon wollten wir in dieser Stressphase nicht noch Dinge berechnen, die der Kanton gar nicht vorsieht. Auch der Kantonsrat hatte früher mal von der Verwaltung eine grosse Anzahl an Kennzahlen verlangt und diese dann doch wieder gestrichen. Im FAP müssen wir alle Aufgaben aufgrund gesetzlicher Bestimmungen und Ihrer Wünsche einplanen, die zur Zeit anstehen. Die Erfahrung zeigt, es kommt immer besser: Unsere Verschuldung stieg weniger stark an und unsere Eigenfinanzierung war immer 20 bis 30 Prozentpunkte besser als im Budget angegeben. Ich gehe davon aus, dass die Stadt dies auch in Zukunft gewährleisten kann. Das ist aber keine Garantie und lässt deshalb keinen Platz für ausufernde Wünsche und Bestellungen.*

#### Änderungsantrag

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Der Finanz- und Aufgabenplan 2019–2022 wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit: Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Referent; Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)  
Minderheit: Peter Schick (SVP), Referent  
Enthaltung: Walter Angst (AL)  
Abwesend: Elisabeth Liebi (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 95 gegen 17 Stimmen (bei 10 Enthaltungen) zu.

#### Schlussabstimmung

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Referent; Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)  
Minderheit: Peter Schick (SVP), Referent  
Enthaltung: Walter Angst (AL)  
Abwesend: Elisabeth Liebi (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 16 Stimmen (bei 10 Enthaltungen) zu.

16 / 16

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Finanz- und Aufgabenplan 2019–2022 wird zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 19. Dezember 2018 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat